



18. März 2019
19:30 Uhr
Ratssaal im Rathaus

Gastrednerin:
Mona Neubaur
Landesvorsitzende
GRÜNE NRW

GRUENE-BORNHEIM.DE/BORNHEIM-2030

Bornheim 2030

Visionen für eine Grüne Stadtentwicklung

Einladung an alle Bürgerinnen und Bürger

Wie soll sich Bornheim weiterentwickeln?
Die Bornheimer Grünen stellen ihre Ideen für eine nachhaltige Stadtentwicklung vor.



Ortsverband B'90/Die Grünen Bornheim:
Vorüberlegungen zum Kommunalwahlprogramm 2020 / Masterplan 2030

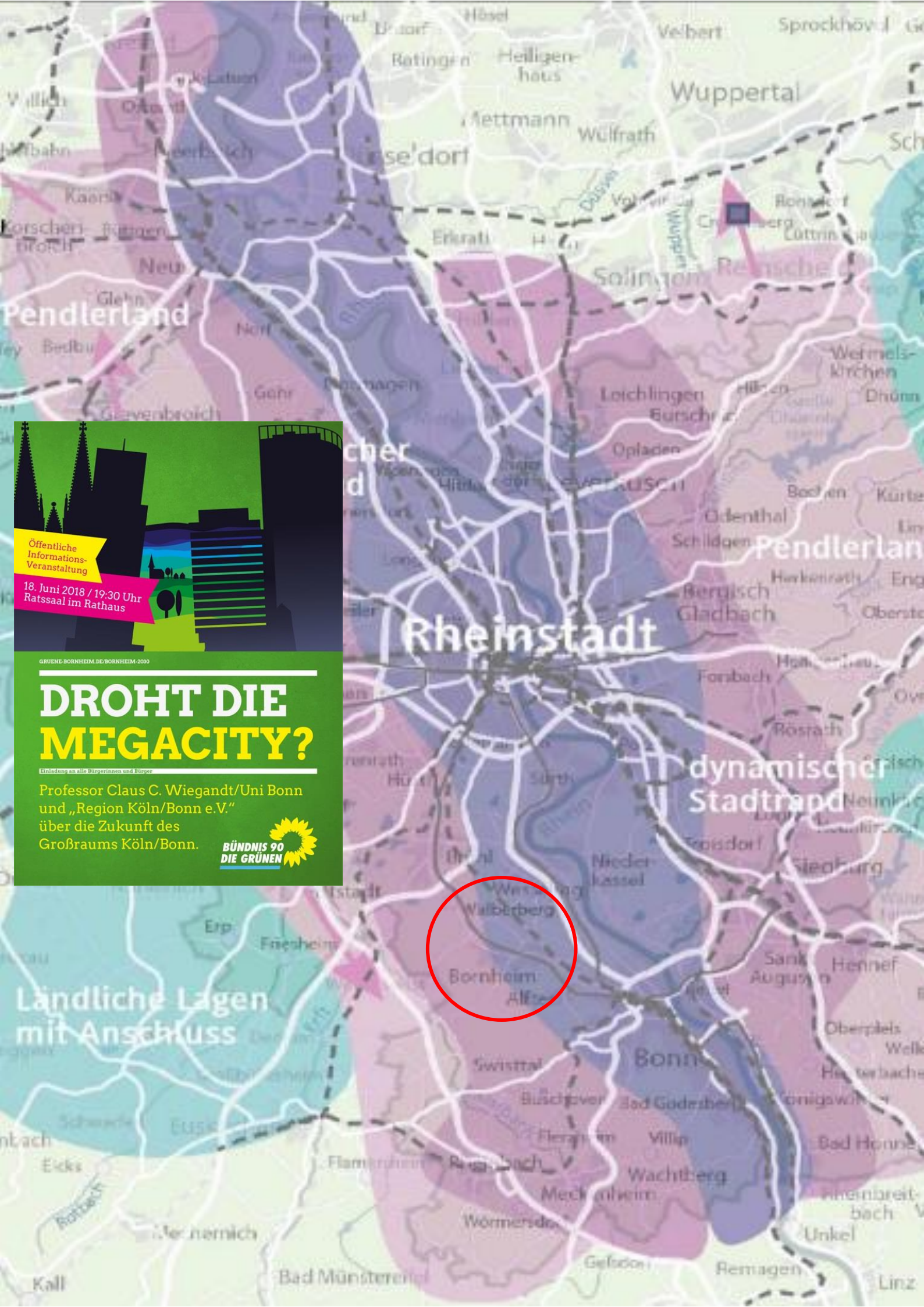
„Unsere Stadt soll grüner werden“

Bornheim 2030:

Visionen für eine grüne & nachhaltige Stadtentwicklung

Stand: 18. März 2019

Die Lage: Bornheim heute & in Zukunft	4
Bornheim boomt	4
Der Platz wird knapp.....	4
Was bringt die Zukunft?	4
Die Grüne Vision: Bornheim 2030	6
1. Bevölkerungswachstum steuern	6
2. Flächenverbrauch minimieren.....	7
3. Überregionales Gesamtkonzept entwickeln	7
4. Interkommunale Zusammenarbeit ausweiten	8
5. Gewerbeflächen intelligenter nutzen.....	8
6. Kommunales Gewerbeflächenmanagement aufbauen	9
7. Wohnraum-Management einführen	9
8. Wohnungsbau verdichten	10
9. Naturschutz verbessern.....	11
10. Landwirtschaft nachhaltiger machen	12
11. Dorfentwicklung fördern	12
12. Innenentwicklung vor Außenentwicklung.....	13
13. Verkehr vermeiden	13
14. Verkehrsträger leistungsfähiger machen	14
15. Fahrradnutzung erleichtern.....	14
16. „Energistadt Bornheim“	15
Fazit	15
Anhang: Landflucht überregional bekämpfen	16
Erste Ideen für einen Masterplan zur Bekämpfung der Landflucht:.....	17



Öffentliche Informations-Veranstaltung

18. Juni 2018 / 19:30 Uhr
Ratssaal im Rathaus

GRUENE.BORNHEIM.DE/BORNHEIM-2019

DROHT DIE MEGACITY?

Einladung an alle Bürgerinnen und Bürger

Professor Claus C. Wiegandt/Uni Bonn
und „Region Köln/Bonn e.V.“
über die Zukunft des
Großraums Köln/Bonn.



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Ländliche Lagen
mit Anschluss



Bornheim
Alf

Die Lage: Bornheim heute & in Zukunft

Bornheim boomt

Es ist nicht zu übersehen: Bornheim boomt, wächst und wandelt sich immer schneller.

War Bornheim in den 1960er Jahren noch eine beschauliche Kette landwirtschaftlich geprägter Dörfchen an Ville und Rhein, alle zusammen keine **30.000** Einwohner, so ist Bornheim heute ein attraktives Zuzugsgebiet für die Menschen in der Großregion Köln/Bonn mit fast **50.000** Einwohnern (4.2.2019: 49.726).

Das hat Folgen: Um die alten Ortskerne haben sich Gürtel von Neubaugebieten gelegt, die die Grenzen der Orte verschwinden lassen. Weit ausgreifende Gewerbeflächen haben Obstbäume und Gemüsefelder verdrängt. Die Verkehrsachsen sind überlastet: Nur mühsam erreichen die Pendler über die volle Autobahn, die Eisenbahn sowie die Stadtbahnlinien 16 und 18 ihre Arbeitsstätten in Köln und Bonn. Zahlreiche Kitas, Grundschulen und weiterführenden Schulen wurden gebaut und reichen doch kaum aus, um die Kinder der 50.000 Bornheimer*innen aufzunehmen.

Der Platz wird knapp

4

Das Problem: Wir haben jeden Quadratmeter Bornheims nur einmal. Die Zeiten des sorglosen Flächenverbrauchs sind also vorbei. Die Konkurrenz zwischen Wohnungsbau, Gewerbe, Landwirtschaft und Natur wächst. Das treibt die Bodenpreise und die Mieten in die Höhe. Auf der Strecke bleibt dabei alles, was nicht verwertbar ist: Die Umwelt, die Artenvielfalt, Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Aber auch bezahlbarer Wohnraum wird immer teuer, Gewerbeflächen knapp und die Landwirtschaft zurückgedrängt. Platz für die so wertvollen ökologischen Nischen, die vom Menschen gar nicht genutzt werden, gibt es immer weniger.

Was bringt die Zukunft?

Die Region ist attraktiv. Köln und sein Umland erwartet 100.000 neue Einwohner, bis 2040 sogar 200.000, Bonn rund 30.000. Allerdings sind die großen Städte völlig damit überfordert, ausreichend Wohnraum für diese Menschen zu schaffen. Deshalb wird ein Teil von ihnen ins Umland ausweichen. Auch Industrie- und Gewerbebetriebe finden in den Städten vielfach keine Flächen mehr und weichen ins Umland aus (z.B. Haribo). Oder noch schlimmer: Sie finden Flächen und schaffen zwar Arbeitsplätze, aber keinen Wohnraum für ihre Mitarbeiter*innen (z.B. in Bonn die Post oder die Firmen im Bonner Bogen).

Die Folgen für die Umlandgemeinden wie Bornheim liegen auf der Hand: Die Flächenkonkurrenz nimmt weiter zu, Bodenpreise und Mieten explodieren, die Pendlerströme auf einer ohnehin überlasteten Infrastruktur wachsen, neue teure Infrastruktur muss gebaut werden. Der Druck auf die Kommunen wächst, immer neue Gewerbegebiete und Wohnbauflächen auszuweisen. Flächen werden dabei versiegelt und gehen Landwirtschaft und Umwelt verloren, die Dörfer verschwimmen im langweiligen Siedlungsbrei zwischen Köln und Bonn.

Wird Bornheim also unweigerlich zum Kernbereich oder zumindest zum „dynamischen Stadtrand“ einer „Megacity Rheinstadt“, wie der Verein Region Köln/Bonn e.V. prophezeit? Oder lassen sich diese Entwicklung und der unkontrollierte Wildwuchs stoppen?

Was kann Bornheim tun?

Bislang sah sich Bornheim vor allem als Opfer dieser Entwicklung und hat lediglich reagiert: Um die Steuereinnahmen zu steigern, hat die Stadt Gewerbegebiete ausgewiesen und auch schnell verkauft und entwickelt. Unter dem Druck von Investoren und Zuzugswilligen werden Bebauungspläne aufgestellt und immer neue Baugebiete erschlossen.

Beides folgt nach unserer Ansicht keiner Logik einer systematischen, abgestimmten, nachhaltigen und zukunftssicheren Stadtentwicklung mit definierten Zielen, sondern geschieht bislang eher zufällig, getrieben und unter dem Zwang der Verhältnisse.

5

Damit muss jetzt Schluss sein!

Im Vergleich zu den Großstädten oder den Nachbarkommunen Brühl oder Hürth sind wir in Bornheim noch in einer recht komfortablen Situation: Es gibt noch viele freie Flächen, die Begehrlichkeiten wecken, es gibt keine ernsthaften sozialen Brennpunkte, die Arbeitslosigkeit ist niedrig, Unternehmen wollen sich hier ansiedeln, die Infrastruktur ist im Wesentlichen gut ausgebaut und belastete Industriebrachen fehlen.

Gerade darum ist es aber höchste Zeit, parteiübergreifend ein Gesamtkonzept zur Stadtentwicklung zu beschließen, einen Masterplan, wie es in Bornheim weitergehen soll. Wir sollten die aktuelle Attraktivität Bornheims nutzen, um unsere Stadt nachhaltig weiterzuentwickeln und zugleich ihre Identität zu bewahren.

Die Grüne Vision: Bornheim 2030

Es ist höchste Zeit, ein Konzept zu entwickeln, wie Bornheim 2030 und 2050 aussehen soll. Wie wollen wir in Bornheim leben, arbeiten und mobil sein? Bornheim muss endlich gestalten und agieren statt nur recht konzeptionslos zu reagieren. Nur so kann die Stadt zukunftsfähig bleiben. Das Konzept „Bornheim 2030“ soll parteiübergreifend zustimmungsfähig sein, damit es nicht bei der nächsten Kommunalwahl wieder gekippt wird. Auf der Basis einer gemeinsamen Vision soll ein Masterplan für die weitere Stadtentwicklung erstellt werden.

Denn weiterentwickeln muss die Stadt sich. Stillstand ist keine Option. Wer sich nicht selbst entwickelt, der wird entwickelt; wer keine Entwicklung vorantreibt, der wird von der Entwicklung vor sich her getrieben.

Bornheim muss das Heft des Handels wieder in die Hand nehmen.

Dazu gehört es auch, den Zuwanderungsdruck nicht nur als Problem wahrzunehmen, sondern auch als Chance der Stadtentwicklung, z.B. um die Lebensfähigkeit und Attraktivität der alten Ortskerne zu erhöhen oder dem demografischen Wandel zu begegnen.

Folgende erste Ideen haben wir für die Vision „Bornheim 2030“

6

1. Bevölkerungswachstum steuern

Die Bevölkerung Bornheims wird und darf behutsam weiterwachsen. Die Großregion Düsseldorf/Köln/Bonn ist Wachstumsregion und Zuzugsgebiet (während andere, ländliche Regionen immer mehr Menschen verlieren) und davon kann Bornheim sich nicht abkoppeln.

Wir wollen und müssen Mitverantwortung für die Gesamtentwicklung der Region übernehmen. Der Zuzug in wenige Wachstumsregionen („Schwarmstädte“) ist eine bundesweite und auch globale Entwicklung, die – wenn überhaupt – nur auf Bundes- oder EU-Ebene gesteuert werden kann (ein paar Ideen dazu im Anhang), aber kaum von Bornheim aus.

Aber schon deshalb, weil die Entwicklung der notwendigen Infrastruktur (Kitas, Schulen, Straßen, ÖPNV) hinter der Entwicklung der Wohnbevölkerung herhinkt, müssen wir Bornheimer das Wachstumstempo drosseln. Wir müssen vielleicht sogar eine Obergrenze festlegen, wie groß Bornheim werden soll, und diese Entwicklung dann mit möglichst wenig Flächenverbrauch ökologisch, nachhaltig und sozial verträglich gestalten.

2. Flächenverbrauch minimieren

Wenn also die Ausweisung weiterer Flächen (i.d.R. also die Umwandlung landwirtschaftlicher Flächen in Gewerbe- und Wohngebiete) nicht ganz verhindert werden kann, muss doch bei dieser Weiterentwicklung der Flächenverbrauch möglichst minimiert werden. Das ist das oberste Prinzip, um zukunftsfähig zu bleiben.

Wenn wir es schaffen, mehr Menschen (oder Gewerbebetriebe) auf jedem Hektar Bauland unterzubringen, senkt das den Flächenverbrauch. **Kompakteres Bauen** darf daher auch für den Wohnungsbau kein Tabu sein. Wenn die Gestaltung der Freiflächen um die Gebäude herum gut ist, dann wächst auch die Akzeptanz für Verdichtung. In den alten Ortslagen selber können zahlreiche Flächen behutsam nachverdichtet werden. Zusätzlich sollte versucht werden, bereits „verbrauchte“ Flächen zurückzugewinnen.

Nicht alle Flächen, die der aktuelle Flächennutzungsplan als Baugebiete für Gewerbe oder Wohnungen ausweist, müssen auch wirklich in den nächsten Jahren bebaut werden. Wir sollten für die Zukunft sparen. Und wenn, dann klüger, effizienter, ressourcensparender als bisher. Das muss bei jedem einzelnen neuen Baugebiet und Bebauungsplan optimiert werden.

3. Überregionales Gesamtkonzept entwickeln

Für die Entwicklung der Region Köln/Bonn muss von den betroffenen Kommunen gemeinsam mit der Bezirksregierung ein überregionales Gesamtkonzept entwickelt werden, das die geplante Entwicklung beschreibt und die überregionale Zusammenarbeit der Kommunen steuert. Dabei geht es z.B. um

- eine **Verlangsamung** (oder sogar Umkehrung) der Landflucht aus den peripheren Lagen der Region in die Ballungszentren (s. Anhang)
- eine gleichmäßigere und gezieltere **Verteilung der Lasten** und Bevölkerungszuwächse,
- eine abgestimmte oder sogar gemeinsame Ausweisung und Entwicklung von **Bau- und Gewerbegebieten**,
- den gemeinsamen **Freiflächenschutz** („Grünes C“),
- die optimale Ausnutzung und gemeinsame Nutzung der vorhandenen **Infrastruktur** (v.a. Verkehr und Bildung),
- die gemeinsame Nutzung der **Gewerbesteuern** für eine überregionale Steuerung der Gewebeansiedlung – statt für kommunales Steuerdumping,

- ein gemeinsames Konzept für den Umgang mit dem (teils wanderungsbedingten) **demografischen Wandel**

Wenn Bornheim seine Ackerflächen schützt, aber nebenan in Wesseling großräumig gebaut wird (ich denke hier an Gut Eichholz), dann betrifft das auch Bornheim und es wäre Kirchturnspolitik, sich nicht mit Wesseling abzustimmen.

4. Interkommunale Zusammenarbeit ausweiten

Im Rahmen dieses Gesamtkonzeptes muss daher die interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen Alfter, Swisttal, Wesseling und Brühl deutlich verstärkt und verbessert werden, z.B. im Bereich der Schulentwicklung Sek II, aber auch im Bereich der Verwaltungszusammenarbeit: Interne Verwaltungsbereiche (wie bestimmte Personalamtsleistungen, Einkauf, Maschinennutzung, bestimmte zentrale Dienste wie Bauhöfe) können bei gemeinsamer Bewirtschaftung Kosten senken.

Da können noch viele Ideen entwickelt werden, auch kreisübergreifend und mit den beiden Großstädten Köln und Bonn.

5. Gewerbeflächen intelligenter nutzen

Das Prinzip der Minimierung des Flächenverbrauchs muss ebenfalls für die Gewerbeflächen gelten. Parkplätze oder einstöckige Lagerhallen können nicht das Ziel der Bornheimer Gewerbeentwicklung sein. In der Abwägung zwischen verschiedenen Interessenten um die wertvolle Gewerbeflächen muss der minimale Flächenverbrauch bei maximalem Nutzen berücksichtigt werden. Wir brauchen Arbeitsplätze und Gewerbesteuerzahler, aber keine riesigen Lager- und Logistikflächen. Hochwertige Arbeitsplätze gehören nicht nur in zentralen Bereiche der großen Städte, sondern auch in die Umlandkommunen.

Zudem: Wer Arbeitsplätze schafft, muss auch (nahen) Wohnraum schaffen. Es kann nicht sein, dass z.B. am Bonner Bogen zwar 4.500 Arbeitsplätze entstanden sind und 2.000 weitere folgen sollen, aber fast keine Wohnungen.

6. Kommunales Gewerbeflächenmanagement aufbauen

Bornheim braucht natürlich Gewerbeflächen, aber muss dafür die Versiegelung endlos weitergehen? Aufgabe eines kommunalen Flächenmanagements wäre es, über die Verdichtung bereits bestehender Bebauung und über die bessere Nutzung von Flächen nachzudenken. Wenn weite Parkplatzflächen durch Hoch- oder Tiefgaragen ersetzt würden (wie beim Roisdorfer „SUTI Center“) wäre das eine höchst erfreuliche Entwicklung. Stellflächen für Autos sind zwar notwendig, aber sicherlich die schlechteste Raumnutzung. Wenn Porta und Bauhaus in Roisdorf Tiefgaragen statt Parkplätze gebaut hätten, hätte man doppelt so viele Unternehmen auf den knappen Gewerbeflächen ansiedeln können. Welche eine Verschwendung!

Das kommunale Flächenmanagement sollte zugleich intensiv über die **Entsiegelung von Flächen** nachdenken und **Ausgleichsflächen** überwachen und vielleicht sogar weiter aufwerten, damit sie ihren Zweck erfüllen. Grundsätzlich ist eine **ökologische Aufwertung** von Flächen anzustreben, wie es z.B. mit den Obstblütenlandschaften geschieht.

Schließlich sollten große Gewerbeflächen in der Nähe von **Bahnhöfen**, die von den Gewerbetreibenden gar nicht mehr genutzt werden (wie Landgard in Roisdorf), nicht nur vermieden werden, sondern es sollte mittelfristig sogar eine Umsiedlung ins Auge gefasst werden, um diese bahnnahen Flächen für den Wohnungsbau zu nutzen.

Das kommunale Flächenmanagement könnte zudem ein Kataster aufbauen, wo es in Bornheim noch Möglichkeiten zur Nachverdichtung gibt, wo Gebäude leer stehen, wo innerörtliche Brachflächen ungenutzt sind.

7. Wohnraum-Management einführen

Der demografische Wandel bringt es mit sich, dass immer mehr ältere Menschen alleine in großen Häusern oder Wohnungen leben. Wenn sie das möchten und können, dann sollen sie das auch tun. Aber ein städtisches Wohnraum-Management könnte diesen Senioren in ihren Dörfern und Quartieren attraktive Alternativen wie z.B. kleinere, barrierefreie Wohnungen anbieten (die ggf. gebaut werden müssten), die sie vielleicht auch als befreiend empfinden, und damit neuen Wohnraum für junge Familien gewinnen.

Ein kommunales Wohnraum-Management könnte helfen, dass jede*r die Wohnung bekommt, die sie/er braucht.

8. Wohnungsbau verdichten

Damit Wohnraum in Bornheim bezahlbar bleibt und wir nicht nur wohlhabende Eigenheimkäufer aus Bonn abwerben, die sozial schwächere Mieter weiter nach Außen verdrängen (das droht, wenn wir nichts tun), sondern damit wir eine soziale Mischung erreichen (und zugleich den Flächenverbrauch minimieren), brauchen wir weniger freistehende Einfamilienhäuser sondern mehr **Geschosswohnungsbau** (mit Tiefgaragen).

„Verdichtung“ darf also kein Tabu sein, denn auch eine verdichtete Bebauung mit vier oder mehr Stockwerken kann schön und lebenswert sein, besonders wenn es darumherum ausreichend ansprechende Freiflächen gibt. Wenn dabei einzelne Straßenzüge oder Quartiere mit mehr städtischem als ländlichem Charakter entstehen, dann entspricht das dem immer städtischer werdenden Charakter Bornheim und seiner Bevölkerung.

Ein positives Beispiel für Verdichtung: 30 oder 40 Wohneinheiten pro Hektar, wie sie derzeit in Bornheim realisiert werden, sind für diese Region nicht mehr zeitgemäß. Stattdessen gibt es großartige städtebauliche Entwürfe mit 65 Wohnungen pro Hektar, wie z.B. das preisgekrönte 3,7 ha große Neubaugebiet „Quartier Moldrickx“ im ländlichen Münster-Kinderhaus mit dreistöckigen Mehrfamilienhäusern und weniger Reihenhäuser: Auf den 3,7 ha entstehen 240 WE inkl. einer achtgruppigen Kita und einer zentralen Grünfläche mit Kinderspielplatz – parteiübergreifend gefeiert und von der CDU in Münster sogar als „genial“ bezeichnet. Hier finden auf den knappen Flächen doppelt so viele Menschen ein Zuhause, ohne dass ein sozialer Brennpunkt entsteht. Einige Bilder:

10



Mit Hilfe von kommunalen **Wohnungsbaugesellschaften** (des Kreises, der Nachbarkommunen und notfalls einer eigenen in Bornheim) sollte die Stadt sich unabhängiger von privaten Investoren machen, den Wohnungsbau selbst in die Hand nehmen und dabei einen höheren Anteil an sozialem Wohnungsbau realisieren.

9. Naturschutz verbessern

Aktuell hat der Naturschutz die schlechtesten Karten in der vielfachen Konkurrenz um Fläche, weil hier keine kommerziellen Interessen bedient werden. Als GRÜNE ist es für uns natürlich zentral, dass die vorhandenen Natur- und Landschaftsschutzgebiete nicht angetastet, sondern erhalten, gepflegt und vernetzt werden. Wir brauchen Frischluftschneisen zwischen den Dörfern und möglichst viele Rückzugsgebiete für Tiere und Pflanzen. Auch in diesem Zusammenhang ist eine Kontrolle der Ausgleichsflächen wichtig, die nicht zu Müllhalden verkommen dürfen.

Möglichkeiten des kommunalen Naturschutzes gibt es viele:

- Schutz und Aufwertung der vorhandenen Freiflächen
- Ökologisch orientierte Pflege der öffentlichen Freiflächen: Kein Mähen blühender Wiesen (Konzept „Stadtgrün“ entwickeln)
- Aufwertung der Ausgleichsflächen
- Verhinderung von „Steingärten“ vor Privathäusern statt echter „grüner“ Gärten
- Verzicht auf chemischen Pflanzenschutz
- Förderung der Dachbegrünung
- Anlegen und Erhalten von Kleingewässer
- Ausbau der Streuobstwiesen als ökologisch wertvolle alte Kulturlandschaften
- Blühstreifen und Hecken in den landwirtschaftlich genutzten Flächen
- Schutz des Grünen „C“
- Schutz von Freiräumen vor Aufforstung
- Einschränkung der Gülle-Verklappung, um die Nitratbelastung des Grundwassers zu senken
- Vernetzung der Biotope
- Einwicklung eines kommunales Konzept „Biodiversität“
- Auflagen für Baugebiete zur Schaffung neuer Lebensräume (Gestaltungssatzung)
- Kontrollierte Vernässung der Wälder auf der Villehochfläche (statt Entwässerung)

10. Landwirtschaft nachhaltiger machen

Zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Bodennutzung gehört auch, große Monokulturen oder Kulturen für die Biogas-Herstellung zu vermeiden und stattdessen schonende Formen der Landwirtschaft zu fördern, die bewusst Artenschutz und Biodiversität unterstützen. Die Bornheimer Bio-Betriebe bieten hier bereits einen großartigen Ansatz und die Stadt muss alles tun, um deren Entwicklung zu fördern. Zugleich muss Bornheim aber auch das Gespräch mit den großen konventionellen Betrieben suchen, die vermutlich viele Möglichkeiten haben, umweltfreundlicher zu wirtschaften.

11. Dorfentwicklung fördern

Wir wollen nicht in einer Großstadt wohnen. Deshalb müssen die dörflichen Strukturen in Bornheim erhalten und geschützt werden. Statt zu einem durchgehenden Siedlungsbrei zwischen Köln und Bonn zu verkommen, sollten die Städte klare Grenzen haben und sich vom ländlichen Raum und von den Dörfern unterscheiden.

Aber was bedeutet „Dorf“ heute? Was unterscheidet das Dorf (jenseits aller Sozialromantik) vom städtischen „Veedel“ oder der Kleinstadt?

- Das Dorf zeichnet sich durch eine besondere Lebensqualität aus, die sich von der Stadt z.B. durch mehr Ruhe, bessere Luft, Freiräume und mehr nachbarschaftliche Kontakte auszeichnet.
- Die Bebauung ist niedriger, es gibt eine ortstypische Baukultur, die für eine gewisse Einheitlichkeit sorgt. Neubauten passen sich dem an.
- Im Zentrum des Dorfs befinden sich Dorfplatz, Kirche, Kneipe und Grundschule (bei unseren Straßendörfern auch nebeneinander)
- Es gibt eine sichtbare und nahe Grenze, an der das Dorf in die Land(wirt)schaft übergeht.
- Es gibt fußläufige Nahversorgung – wenn schon kein Bäcker und kein Metzger mehr, dann wenigstens ein Supermarkt und eine Kneipe.
- Das Dorf ist politische Einheit mit einem Ortsvorsteher und Dorfversammlungen
- Es gibt gemeinsame Feste und dörfliches Brauchtum, zu dem alle Einwohner eingeladen sind. Dafür gibt es Gemeinschaftseinrichtungen.
- Es gibt dörfliche Sozialstrukturen wie Sport- und Traditionsvereine, die sozial übergreifende Angebote machen und so Menschen verbinden.

12

12. Innenentwicklung vor Außenentwicklung

Das Ziel einer Vision „Bornheim 2030“ muss es sein, die Bornheimer Dörfer lebendig und lebensfähig zu erhalten. Dazu muss der Stillstand in den alten Ortskernen überwunden werden, indem sich Neubürger nicht nur in den Neubaugebieten am Ortsrand, sondern innerhalb der alten Ortskerne (mit weniger Flächenverbrauch) ansiedeln.

Zur „Nachverdichtung“ der Orte gehört:

- Leerstände entlang der Zentralachsen der alten Straßendörfer und der Siedlungen aus den 1950er und 1960er Jahren beseitigen
(eine Aufgabe für das städtische Wohnraum-Management)
- Baulücken schließen
- Altbauten sanieren
- „Bauen in der zweite Reihe“ zulassen und sogar fördern: Rückwärtige Scheunen in Wohnraum verwandeln
- Brachflächen reaktivieren und Freiflächen innerhalb der alten Ortskerne (ehemalige Felder und Gemüsegärten) nutzen, falls dadurch nicht wertvolle ökologische Nischen zerstört werden.
- Sicherung und Wiederaufbau der dörfliche Infrastruktur, z.B. durch einen ÖPNV, der die alten Ortskerne bedient, die Nahversorgung mit Lebensmitteln, der Ausbau bzw. die Ertüchtigung der Verkehrs- und Parkflächen, bevorzugte Breitbandversorgung und der Ausbau der technischen Infrastruktur wie den Kanälen.

13

13. Verkehr vermeiden

Im Rahmen eines Masterplans „Bornheim 2030“ müssen Anstrengungen unternommen werden, die Verkehrsströme zu reduzieren und zu lenken bzw. zu verteilen, um die Verkehrsinfrastruktur zu entlasten, den Energieverbrauch und die Emissionen zu senken und Ressourcen zu sparen. Der beste Verkehr ist derjenige, der nicht entsteht.

Der klassische grüne Ansatz, Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern, funktioniert nur eingeschränkt, weil die Bahnen bereits an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind und der weitere Ausbau viele Jahre dauern wird. So wird der durchgehend zweispurige Ausbau der Linie 18 von den Grünen zwar schon seit Jahrzehnten gefordert, aber da diese Forderung lange ungehört verhallte, wird er (wie auch die S-Bahn zwischen Köln und Bonn) noch viele weitere Jahre auf sich warten lassen.

Es gibt aber trotzdem Möglichkeiten zur **Reduzierung des Verkehrs**:

- Entzerrung der Arbeitszeiten, um Stoßzeiten zu vermeiden
- Mehr Homeoffice-Arbeitsplätze (dazu Breitbandausbau)
- Ausbau der innerörtlichen Busverbindungen (Demografischer Wandel)
- „Pedibus“ statt „Elterntaxi“ (Vorbild Sebastianschule)
- Fahrräder statt Schulbus
- Dezentralisierung der Nahversorgung
- Dezentralisierung der Arbeitsplätze: Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Umland, um die Pendlerströme umzukehren

14. Verkehrsträger leistungsfähiger machen

Zudem gibt es Möglichkeiten die Attraktivität und Leistungsfähigkeit der vorhandenen Verkehrsträger zu steigern:

- Stadtbahn:
 - zweispuriger Ausbau der Linie 18
 - Verlängerung der Haltestellen für längere Züge
 - attraktivere Haltestellen
- Verlagerung des Güterverkehrs auf wenig genutzte ehemalige Werks-Trassen wie die Nordsüd-Erft-Trasse der RWE
- Ausschöpfung aller elektronischen Möglichkeit (Digitalisierung) für eine Taktverdichtung
- Auto: Mehr Mitfahrparkplätze an den Autobahnauffahrten, Apps für Mitfahrgelegenheiten bewerben, Freigabe von Fahrspuren in den Städten (oder sogar auf der Autobahn) nur für vollbesetzte Autos

14

15. Fahrradnutzung erleichtern

Ganz wichtig für die „Verkehrswende“ und Bornheim „2030“: Die stärkere Nutzung des Fahrrads. Dazu ist Folgendes nötig:

- Mehr Fahrradwege entlang der Landstraßen / Kreisstraßen
- Ausbau der Radschnell- bzw. Radpendlerwege
- Die neuen Chancen der E-Bikes nutzen (längere Wege sind per Rad machbar)
- Mobilitätstationen an den Bahnhöfen
- Umweltverbund zwischen Rad und Bahn (Vernetzung)
- Leihfahrräder
- mehr Sicherheit für an den Bahnhöfen abgestellte Fahrräder usw.

16. „Energistadt Bornheim“

Zur ökologischen Stadtentwicklung gehört auch die Energieversorgung.

Zum Grünen Konzept einer „Energistadt“ Bornheim gehören viele Aspekte, z.B.:

- Möglichst viel dezentrale Stromerzeugung in Bornheim:
Mit regenerativen Energien wie Windrädern, Biogas, Fotovoltaik, Erdwärme und Holzhackschnitzeln den Energieverbrauch von Bornheim fast autark bestreiten.
- Umstellung aller öffentlichen Gebäude auf Ökostrom
- Energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude
- Bürgerwindkraftanlagen & Bürgersolaranlagen
- Kostenlose Energieberatung für alle Bürger

Fazit:

- Bornheim boomt, aber wir können jeden Quadratmeter nur einmal bebauen.
- Es gibt eine wachsende Konkurrenz von Gewerbe, Wohnen, Landwirtschaft und Freiflächen zulasten v.a. der Natur
- Ziel: Bornheimer Identität bewahren & Zuzug als Chance nutzen
- Bornheim muss raus aus der Opferhaltung und der reinen Reaktion auf externe Forderungen, und stattdessen für die nachhaltige Stadtentwicklung parteiübergreifend einen Masterplan entwickeln, beschließen und umsetzen.
- Zentrales Ziel ist die Zukunftsfähigkeit der Stadt durch die Senkung des Flächenverbrauchs, sowohl für Wohnen als auch für Gewerbe.
- Das ermöglicht eine weitere Entwicklung und weiteren Zuzug, ohne dass die Stadt sich in einen gesichtslosen Siedlungsbrei verwandelt.
- Mittel dazu sind u.a. ein kommunales Flächenmanagement, die effizientere Nutzung von Gewerbeflächen und die Verdichtung beim Wohnungsbau.
- Zudem: Chancen zur Wiederbelebung der alten Ortskerne nutzen

Anhang: Landflucht überregional bekämpfen

Die zentrale Ursache der Bornheimer Probleme sind die Wanderungsbewegungen vom ländlichen Raum in die Ballungszentren. Während in der Stadt die Mieten und Grundstückspreise explodieren, die Infrastruktur kollabiert, Kitas und Schulen überfüllt sind und fehlen, Firmen sich ansiedeln (aber keine Flächen dafür finden und ihre Mitarbeiter keine Wohnungen), Ärzte sich um die Patienten reißen und finanziell schwächere Menschen in die Randbereiche verdrängt werden, fallen in den ländlichen Regionen (auch schon in der Eifel oder am Ost- rand des Rhein-Sieg-Kreises) die Immobilienpreise, Gebäude stehen leer, Firmen ziehen fort, Ärzte fehlen, Geschäfte werden geschlossen, Buslinien eingestellt und der demografische Wandel (Überalterung) ist kaum zu bewältigen.

Als Reaktion darauf diskutieren Kommunen, Land und Bund derzeit die „Wohnungsnot“ und der Verein Region Köln/Bonn versucht mit einem „Agglomerationskonzept“ den Bevölkerungszuwachs zu steuern und zu bewältigen.

Dabei gerät die zentrale Ursache der Probleme weitgehend aus dem Blick: Die Wanderungsbewegung vom Land in die Stadt – nennen wir es ruhig „Landflucht“. Es gibt zwar seitens einiger Landesregierungen erste zarte Ansätze, hier steuernd einzugreifen, aber insgesamt halten Politik und Verwaltung diese Wanderungsbewegung offenbar für eine Art Naturkatastrophe, die nicht zu steuern oder zu bremsen ist.

Dem ist aber nicht so: Die Wanderungsbewegung hat Ursachen und Motive. Es gibt beschleunigende, aber auch retardierende Momente. Es ist also zumindest theoretisch möglich, die Landflucht zu bremsen, zu stoppen, vielleicht sogar umzudrehen. Dazu bedarf es allerdings deutlicher steuerlicher, politischer und gesellschaftlicher Impulse und Anreize, die die Landflucht zumindest zu verlangsamen. Das kann aber nur bei einer intensiven interkommunalen Zusammenarbeit mit Unterstützung von Land und Bund funktionieren und geht weit über das hinaus, was Bornheim allein leisten kann. Allerdings kann Bornheim (und die Bornheimer Grünen) Vorschläge machen, Forderungen stellen, Initiativen starten, Vernetzungen initiieren und das Thema auf die Tagesordnungen der überregionalen Verbände setzen bzw. entsprechende Initiativen anderer Kommunen, Einrichtungen oder des Landes unterstützen.

Trägt man die Ursachen der Landflucht zusammen und addiert die wenigen Impulse, die es zu seiner Verlangsamung schon gibt, kommt man auf ...

Erste Ideen für einen Masterplan zur Bekämpfung der Landflucht:

1. **Wirtschaftsförderung:** Arbeitsplätze sind das wichtigste, um der Landflucht entgegen zu wirken. Kein Unternehmen darf mehr vom Land in die Stadt umziehen (müssen). Gerade mittelständische Familienunternehmen sind auf dem Land vertreten, oftmals ihrem Ort sehr verbunden, und müssen unterstützt werden, damit sie weder wegziehen noch untergehen. Möglichkeiten dazu sind:
 - Im Gespräch bleiben und genau zuhören: Wo drückt der Schuh? Besteht die Gefahr der Abwanderung? Was braucht das Unternehmen? Wie kann die Kommune es unterstützen? Jeder Eigentümer oder Geschäftsführer muss wissen, dass seine Kommune großes Interesse am Erhalt seines Unternehmens vor Ort hat, und er muss auch wissen, wen er anrufen muss, wenn es Probleme gibt und er Unterstützung benötigt.
 - Steuerliche Anreize, auch bei der Gewerbesteuer
 - Unterstützung bei der Suche nach Fachkräften durch die Kommunen und Wirtschaftsförderung
 - Bereitstellung ausreichender und preiswerter Gewerbeflächen
 - Verbesserung der Verkehrsanbindung
 - Breitbandnetzausbau
2. **Verkehr.** Pendeln erleichtern: Erhalt und Verbesserung der **Verkehrsinfrastruktur** mit Bahn, Bus und AST.
3. **Kinderbetreuung.** Erhalt und Verbesserung der Versorgung mit **Kitas** (und anderer Kinderbetreuung) und **Schulen**. Zwergschulen erhalten statt lange Schulwege erzwingen
4. **Bildung.** Ansiedlung von **Weiterbildungseinrichtungen** (z.B. Fachhochschulen) im ländlichen Raum
5. **Dezentralisierung:** Umsiedlung von **Behörden** in den ländlichen Raum
6. Falls das ein Problem ist: Freigabe von Flächen entlang der ÖPNV-Achsen für die Bebauung, Landgemeinden bekommen mehr Spielraum bei der Flächengestaltung.
7. **Erhalt und Verbesserung der Nahversorgung:** Wenn der letzten Laden zumacht, müssen notfalls die Kommunen die Nahversorgung in die Hand nehmen. Denkbar ist auch politischer Druck auf die mächtigen und reichen Branchenriesen wie REWE oder Edeka, die Nahversorgung auf dem Land sicherzustellen, z.B. Genehmigung für einen neuen Markt in Bornheim, Köln oder Bonn, nur bei Einrichtung oder Erhalt eines Ladens auf

dem Land in Much oder Windeck – das geht nur mit einer intensiven interkommunalen Zusammenarbeit.

8. **Medizinische Versorgung.** Anreize für Ärzte, auf dem Land zu bleiben, z.B. Nur wer fünf Jahre eine Landpraxis hatte, bekommt eine Lizenz für die Stadt; es gibt Ansätzen für Quoten, für Stipendien, für bessere Vergütung oder andere Anreize, aufs Land zu kommen (Gesundheitszentren), mobile Praxen
9. **Kulturelle** Angebote fördern
10. **Freizeiteinrichtungen** erhalten (beides als überregionale Aufgabe und nicht von den Landkommunen allein zu leisten)
11. **Verstärkte Zusammenarbeit** der ländlichen Kommunen, bis hin zu Zusammenschlüssen (um trotz des Bevölkerungsverlustes Arbeitsfähig zu bleiben, Schwimmbäder und Krankenhäuser zu erhalten)
12. **Stimmungswandel:** Positive Berichte über das Landleben fördern. Werbung machen für den Verbleib im Dorf, positive Seiten herausstellen: Günstige Grundstückspreise, Gute Luft, nachwachsende Rohstoffe vor der Tür, kein Verkehrschaos, keine überfüllten Schulkassen.